

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Anti-Doping-Gesetzes (Tagesordnungspunkt 32)

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir brauchen eine Gesamtstrategie gegen Doping. Das Strafrecht kann höchstens ein kleiner Baustein einer umfassenden Anti-Doping-Strategie sein. Wirksame AntiDoping-Politik fängt schon viel früher an. Die Recherche von ARD und Correctiv hat uns gezeigt, dass wir schon auf Amateurniveau ein großes Problem mit Schmerzmittelmissbrauch im Sport haben. Bereits hier sind Politik und Sport gefordert. Schmerzmittelmissbrauch kann schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen und ein erster Schritt in Richtung anderer Dopingpraktiken sein. Deswegen müssen wir bereits hier die Verbände in die Pflicht nehmen. Wir brauchen breit angelegte Präventionskampagnen gegen Schmerzmittelmissbrauch ebenso wie gegen Doping. Die Sportverbände müssen dafür sorgen, dass die Existenz und Funktionsweise der Hinweisgebersysteme von NADA und WADA bei den Athletinnen und Athleten bekannter gemacht werden. Dies ist eine Empfehlung der Sachverständigen, die das Anti-Doping-Gesetz evaluiert haben. Denn es nützt nichts, wenn es Hinweisgeberportale gibt, aber niemand sie kennt. Hier sind die Verbände gefordert. Denn besonders im Anti-Doping-Kampf brauchen wir Informationen von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern, auch um Netzwerke aufdecken zu können und um an die Hintermänner heranzukommen.

Stichwort „Whistleblower“: Ich finde, die Sportförderung des Bundes muss endlich an die Bedingung geknüpft werden, dass alle Verbände Ombudsstellen einrichten, an die sich Whistleblower vertraulich wenden können. 2019 hat das Innenministerium auf eine Kleine Anfrage von uns geantwortet, dass man in diesem Sinne tätig werden will. Getan hat sich seitdem leider nichts. Auch beim allgemeinen Hinweisgeberschutz ist die Bundesregierung bisher untätig.

Wo bleibt der Regierungsvorschlag für die Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie in nationales Recht? Die Umsetzungsfrist läuft, die Wahlperiode neigt sich dem Ende und man hört nix – außer Ankündigungen von Ministerin Lambrecht über die Presse. Wir fordern von der Bundesregierung, die EU-Whistleblower-Richtlinie endlich umfassend umzusetzen und Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber wirksam zu schützen, im Sport und in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Der Kampf gegen Doping muss nicht nur bei uns in Deutschland gestärkt werden. Insbesondere auf internationaler Ebene liegt einiges im Argen. Die Strukturen der WADA müssen grundlegend reformiert werden. Wir brauchen hier endlich eine echte Gewaltenteilung. Athletinnen und Athleten müssen außerdem viel stärker als bisher in Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden. Ein weiterer Punkt, der mir am Herzen liegt: Wenn wir heute gegen Doping kämpfen wollen, müssen wir auch die deutsche Dopingvergangenheit weiter aufarbeiten. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso Bundesregierung und Koalitionsfraktionen das Zweite Dopingopfer-Hilfegesetz haben auslaufen lassen, während die anderen Rehabilitierungsgesetze sogar entfristet wurden.

Die jüngsten Recherchen der ARD-Dopingredaktion über Versuche an Freizeitsportlerinnen und -sportlern zeigen, dass hier weitere Aufarbeitung dringend geboten ist. Um auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung zurückzukommen: Lassen Sie uns im Sportausschuss diskutieren, ob eine bereichsspezifische Kronzeugenregelung das Gesetz verbessert. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen: Im Kampf gegen Doping brauchen wir deutlich mehr als das Strafrecht.